

## Vertreibung Obdachloser aus dem Bremer Stadtzentrum

Meine berufliche Aufgabe ist auch Streetwork im Bremer Bahnhofsquartier, momentan auch im WärmeBus auf der Bürgerweide und ab April auch im Szenetreff am Hauptbahnhof.

Ende Mai vergangenen Jahres war ich einige Tage auswärts. Am Montag, 04. Juni kam ich morgens auf den Bahnhofsvorplatz und es war ein anderer Anblick als bis dahin gewohnt.

Auf dem Bahnhofsvorplatz habe ich meine täglichen Streetworkgänge begonnen:

- da saßen und warteten bisher vor dem Haupteingang Pfandsammelnde,
- standen Straßenzeitungsverkaufende und Bettelnde auf dem Bahnhofsvorplatz,
- spielten Musizierende,
- saßen Biertrinkende auf den Bänken an der Straßenbahnhaltestelle,
- drehten Junkies ihre Runden.

Von all dem ist seit Ende Mai vergangenen Jahres nichts wie bisher, dafür viel Polizeipräsenz auf dem Bahnhofsvorplatz und an der Straßenbahnhaltestelle. Die Räumung und Vertreibung hat in der letzten Maiwoche begonnen und wurde dann im Laufe des Sommers zunehmend verstärkt.

Polizeipräsenz und Personenkontrollen und Platzverweise

- im Bahnhof,
- vor dem Bahnhof,
- bei der Straßenbahnhaltestelle,
- hinter dem Bahnhof,
- in der Bahnhofstraße, Hillmannplatz, Wallanlagen,

Personenkontrollen

- in der Sögestraße, Obernstraße, Domsheide
- mit zum Teil Platzverweisen und Aufenthaltsverboten.

Dann auch Räumung

- im Nelson-Mandela-Park, Bürgerpark,
- im – am – um -beim – auf- neben - hinter dem Güterbahnhofsgelände.

Rechtsgrundlage für Platzverweise und Räumungen ist Artikel 14 Bremer Polizeigesetz:

»**Platzverweisung:** Die Polizei darf jede Person vorübergehend von einem Ort verweisen oder ihr vorübergehend das Betreten eines Ortes verbieten, soweit dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist.«

Die verstärkte Polizeipräsenz samt Personenkontrollen, Platzverweisen, Aufenthaltsverboten ist formuliert im Sicherheitskonzept für den Hauptbahnhof und um zu:

»Ziel des Sicherheitskonzepts ist es, den Bahnhof für alle Bremerinnen und Bremer, aber auch für auswärtige Besucher/innen attraktiver und sicherer zu machen, bzw. das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern. Der Bremer Hauptbahnhof soll ein Ort sein, der seinen unterschiedlichen Funktionen (Verkehrsknotenpunkt, Aufenthaltsort für unterschiedlichste Menschen, Eintrittsort in die Stadt) gerecht wird und für alle Menschen der Stadt eine gewisse Aufenthaltsqualität bzw. auch wirtschaftliche Grundlage bietet.

Die Wünsche und Ansprüche der verschiedenen Gruppen (Geschäftsleute, Reisende, Pendler, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen in schwierigen sozialen Lagen, Familien mit kleinen Kindern, etc.) sind durchaus unterschiedlich und können sich auch widersprechen: Eine Vielzahl von „übernachtenden“ Personen mindert die Attraktivität eines Bereiches. Die Personen führen oftmals ihr geringes Hab und Gut mit sich, so dass mehr Flächen als durch andere Personen beansprucht werden. Es entsteht ein Bild der Verwahrlosung, das zu Ängsten der unbeteiligten Personen führen kann. Gleiches gilt für größere Gruppen von Menschen u.a. mit Suchterkrankungen, die durch laute Gespräche, manchmal auch interne Streitigkeiten, Unbeteiligten Angst machen. Auf der anderen Seite brauchen Menschen mit sozialen Schwierigkeiten einen Ort, an dem sie sich aufhalten können. Für manche Menschen ist der Bereich des Hauptbahnhofs der soziale Lebensmittelpunkt, der Kontakte sicherstellt, Vereinsamung vermeidet und auch eine kleine ökonomische Grundlage für das eigene Leben darstellt.«

So der Senator für Inneres in der Städtischen Deputation für Inneres im Bericht über „Umgang mit wohnungslosen Menschen im Umfeld des Hauptbahnhofs“.

(14. Februar 2019)

Im Weser-Kurier und von „Buten un Binnen“ wurde mehrfach berichtet über:

- nächtliches Wecken,
- Platzverweise,
- Wegnahme von Zelten und Schlafsäcken,
- Androhung von Geldbußen.

Dazu in der Städtischen Deputation für Inneres im Bericht über „Umgang mit wohnungslosen Menschen im Umfeld des Hauptbahnhofs“:

**»Das Thema wurde umfassend in der aktuellen Stunde in der Bürgerschaft am 22.1.2019 erörtert.**

*„Am 9. Januar berichtete Buten un Binnen ausführlich über die repressive Praxis gegen Wohnungslose am Hauptbahnhof: Dort werden Schlafsäcke beschlagnahmt und längerfristige Aufenthaltsverbote ausgesprochen, sodass Bedürftige teilweise die karitativen Angebote am Bahnhofplatz - wie der Suppenausgabe – nicht wahrnehmen können. Betroffene bezeichnen diese Praxis als „massive Vertreibungspolitik, ohne den Menschen eine Alternative zu bieten“.“*

Beschlagnahme von Schlafsäcken:

- ☒ Bei Polizei und Ordnungsdienst wurden keine Fälle registriert bzw. sind keine Fälle bekannt, bei denen Schlafsäcke beschlagnahmt wurden.
- ☒ Auch bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport gibt es keine Kenntnis über Ort und Zeit solcher Vorfälle. Somit ist kein solcher Fälle verifiziert.
- ☒ Es ist somit nicht möglich, die vorgeworfenen Fälle nachzuvollziehen und ggf. bei den Sicherheitskräften nachzubereiten.

*Auswertung von Platzverweisen:*

Die *Landespolizei* hat in dem Zeitraum Oktober bis Dezember 2018 folgende Platzverweise im besonderen Kontrollort Hauptbahnhof ausgesprochen:

• 1-tägige Platzverweise	374
• 14-tägig Platzverweise	55
• 6 monatige Betretungsverbote	9
• Gesamt	438

Des Weiteren hat die *Bundespolizei* 87 Platzverweise ausgesprochen.

Die Beschreibung der sogenannten Sicherheitspartner am Hauptbahnhof ist umfangreich und verwirrend:

- Bundespolizei am Bahnhof,
- mobile Polizei – Einsatzkräfte für anlassunabhängige Präsenz durch Streifendienst, Kontrollmaßnahmen, Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung,
- Kontaktpolizisten,
- Ordnungsdienst,
- BahnSicherheitsdienst,
- Sicherheitsdienst der Pächterpassage,
- DB Service,
- Bremer Stadtreinigung,
- Bremer Straßenbahn AG, Mobile Service Mitarbeitende,

demnächst auch

- der Sicherheitsdienst des City Gate

Die Sicherheitspartner üben Hausrecht aus. Alles was nicht durch Landespolizei und Bundespolizei aufgenommen wurde ist auch nicht in der genannten Aufzählung für den Bericht in der Städtischen Deputation für Inneres aufgenommen.

Es braucht für Wegnahme von Gepäck und Schlafsäcken keinen Polizeieinsatz, das geschieht auch von der Stadtreinigung.

Als ständige Vertreibung werden erlebt:

- anlassunabhängige Präsenz durch Streifendienst,

- Kontrollmaßnahmen,
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit,
- Aufklärung von Gefahrenstellen,
- Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung im Bereich des 'besonderen Kontrollortes' Hauptbahnhof

werden von

- Obdachlosen,
- von Pfadsammelnden,
- von Straßenzeitungsverkaufenden,
- von Bettelnden,
- von Biertrinkenden,
- von Junkies

als ständige Vertreibung erlebt.

Vertriebene haben neue Quartiere

- im Viertel,
- in der Neustadt,
- auch in Walle und Findorff aufgesucht
- auch in Horn,
- bei der Universität,
- auch in Gröpelingen,
- auch in Bremen Nord,
- auch in der Nähe von Notunterkünften und Winterlager, wie z. B. in Osterholz, siedeln sich Vertriebene an.

Es gibt kaum öffentliche Räume die auch Obdachlosen frei zugänglich sind. Obdachlosigkeit ist Abschiebung ins Abseits. Ein Citymanager spricht das öffentlich aus: **»Wohnungslose sind wie Graffiti und Taubenkot kein Anblick, der zur Steigerung von Attraktivität und Kaufkraft beiträgt. Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung auf den Straßen sind die wichtigsten Ziele der Innenstadt. Hauptsache, die Wohnungslosen sind weg!«**

Hier wird ein Gedanke ausgesprochen der vielen Geschäftsleuten und manchen Politikern durch den Kopf geht: Wie können Wohnungslose, Bettler, Suchtkranke am effektivsten von den Einkaufs- und Flaniermeilen ferngehalten werden, um eine konsumfreundliche Atmosphäre zu schaffen, in der niemand ein schlechtes Gewissen haben muss, nur weil er besser situiert ist als eben diese störenden Randgruppen. Durch Vertreibungen wird Regierungshandeln Handlanger von Kommerzinteressen von Geschäftsleuten.

Es fällt auf, dass es in Einkaufsatmosphären kaum öffentliche Sitzbänke gibt. In den Einkaufsgegenden, werden diskriminierte Personen daran gehindert sich dort aufzuhalten. Wohnungslose brauchen Sitzbänke und im Winter vor allem überdachte Orte. Es ist zu

vermuten, dass kaum Bänke aufgestellt sind, damit sich keine unerwünschten Personen darauf niederlassen können.

Ausschluss wird dadurch sichtbar, dass etwas „**nicht**“ vorhanden ist.

**So hat Vertreibung und Verdrängung schon vor Jahren begonnen.**  
Stattdessen braucht es in Bremen akzeptierte „Toleranzräume“.

Danke für die Aufmerksamkeit und Zuhören.

Harald Schröder, Diakon  
Aufsuchende Seelsorge im Bahnhofsquartier & Streetwork  
Bahnhofplatz 15, 28195 Bremen

Tel.: 0421-168.929.93

Mail: [harald.schroeder@inneremission-bremen.de](mailto:harald.schroeder@inneremission-bremen.de)